

Sparpaket der Stadt Duisburg **Die "Tränenliste" im Detail**

Duisburg, 26.01.2010, Willi Mohrs (Quelle: <http://www.derwesten.de>)

Rund 400 Posten umfasst das Sparpaket der Stadtverwaltung, über das jetzt der Rat der Stadt entscheiden muss. Einen Auszug mit entscheidenden Posten aus der „Tränenliste“ haben wir zusammengestellt.

Rund 400 Posten umfasst das Sparpaket der Stadtverwaltung. Unter anderem stehen folgende Vorschläge zur Diskussion:

- Verkleinerung des Rates von 74 auf 68 Sitze.
- Verkleinerung der Bezirksvertretungen von 19 auf 15 Sitze.
- Weniger Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder .
- Ein Dienstwagen wird abgeschafft.
- Eine zentrale Briefwahlstelle statt deren acht.
- Aufgabe gemieteter Räume der Kämmerei.
- Erhöhung der Hundesteuer . Drei Varianten werden diskutiert. danach kostet der erste Hund zwischen 126 und 156 Euro.
- Erhöhung der Vergnügungssteuer auf „Münzspielapparate“ .
- Städtische Gesellschaften oder Beteiligungen sollen erstmals Dividende zahlen oder diese erhöhen. Das sind: Frischekontor, Gebag, Hafen, Müllverbrennung, Klinikum, Sparkasse.
- Weniger Zuschuss für Duisburg-Marketing .
- Verkauf des Tectrums (Technologiezentrum).
- Mehrerträge in Bussgeldverfahren .
- Radarkontrollen an Autobahnen im Stadtgebiet.
- Höhere Rettungsdienstgebühren .
- Höhere Brandschauggebühren .
- Höhere Benutzungsgebühren für die Hallen in Walsum, Homberg und Rheinhausen.
- Einsparung des City-Managers in Meiderich.
- Aufgabe von Räumen in diversen Bezirksämtern .
- Schließung des Bürgerservice Rumeln-Kaldenhausen .
- Verkauf des Theaters am Marienort .
- Aufgabe von Räumen im Künstler- und Atelierhaus Baerl .
- Aufgabe von bis zu acht Grundschulen .
- Schließung der Hauptschulen Am Neuen Angerbach, Adolph-Kolping-Schule, Wiesbadener Straße, Frankenschule, Gottfried-Könzgen-Schule.
- Schließung von zwei Realschulen .
- Schließung von bis zu zwei Förderschulen .

- Aufgabe von zwei Berufskollegs .
- Aufgabe einer Gesamtschule .
- Anhebung der Elternbeiträge im Offenen Ganztage (Ogata) um 8 Euro pro Monat.
- Reduzierte Übernahme von Schülerfahrkosten .
- Ausgliederung der Niederrheinischen Kunst- und Musikschule .
- Erhöhung der Musikschul-Entgelte um 10 bis 30 Prozent.
- Wegfall von Musikschulfachbereichen .
- Einstellung des Verlustausgleichs des Filmforums .
- Weniger Zuschuss für die Volkshochschule und für die Stadtbibliothek .
- Verlagerung der Stadtteilbibliotheken Vierlinden, Neumühl, Beeck, Ruhrort, Wanheimerort in Schulen.
- Schließung der Verwaltungsbibliothek .
- Das Festival Akzente findet nur noch alle zwei Jahre statt.
- Ab 2013 entfallen die Zuschüsse für Akzente und Traumzeit . Sponsoren sollen für die Finanzierung gewonnen werden.
- Der Kulturbeirat bekommt kein Geld mehr.
- Der Cubus-Kunsthalle werden Mittel gestrichen, ebenso dem Reibekuchen-Theater (Kom'ma) , dem Bunker Dieselstraße , dem Kulturzentrum Hundertmeister , dem Ratskeller Hamborn , dem Kinder- und Jugendtheater „Der Spielkorb“ .
- Die Eintrittspreise fürs Schauspiel werden um durchschnittlich zehn Prozent erhöht, ebenso bei den Konzerten der Duisburger Philharmoniker .
- Ab 2014 soll der Anteil Duisburgs an der Deutschen Oper am Rhein um 2,5 Mio Euro gemindert werden.
- Erhöhung der Gebühren im Stadtarchiv um 10 bis 15 Prozent.
- Halbierung des Ausstellungsetats im Kultur- und Stadthistorischen Museum .
- Zusammenlegung der Leitung von Kultur- und Stadthistorischem Museum und Museum der Deutschen Binnenschifffahrt .
- Reduzierung des Ausstellungsetats im Binnenschifffahrtmuseum um 60 Prozent.
- Kürzungen bei der städtischen Kinder- und Jugendarbeit zwischen 10 und 30 Prozent.
- Kürzungen bei der Sprachförderung für Kinder.
- Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten .
- Erhöhung des Verpflegungsentgeltes an Kindertagesstätten um 10 Prozent.
- Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei der internen Fortbildung.
- Aufgabe des Zentrums für Personalentwicklung in Buchholz, Verkauf des Grundstücks für eine Neubebauung mit Einfamilien- und Doppelhäusern.
- Mehr Aufgaben fürs städtische Call Center (Call Duisburg), zum Beispiel Verlängerung von Leihfristen für die Bibliothek und telefonische Mahnungen bei ausstehenden Zahlungen.
- Übertragung des Fahrdienstes für mobilitätseingeschränkte Menschen auf die DVG.
- Verlängerung von Leasingzeiträumen bei IT-Ausrüstungen.
- Reduzierung der Zuschüsse für Begegnungs- und Beratungszentren sowie Seniorentreffs .

- Geschlossen ist bereits das Übergangsheim Scheperskamp .
- Die Bearbeitung des Wohngeldes , bisher in vier Außenstellen, wird zentralisiert .
- Wegfall der Energiekostenerstattung für ehemalige Bädermitarbeiter und deren Ehegatten .
- Absenkung der Wassertemperatur in städtischen Bädern um 2 auf 26 Grad.
- Erhöhung der Bädertarife für Vereine .
- Erhöhung der Bädertarife um durchschnittlich 20 Prozent.
- Erhebliche Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sportstätten .
- Schließung des Hallenbades Neuenkamp .
- Schließung des Beckens am Freibad Kruppsee .
- Schließung des Hallenbades Großenbaum .
- Schließung des Hallenbades Rheinhausen .
- Schließung des Hallenbades Rumeln-Kaldenhausen .
- Schließung des Hallenbades Wanheim .
- Übergabe der Turnhalle Buchenallee an einen Verein.
- Verkauf der Eissporthalle .
- Verkauf eines Teils der Sportanlage Werthäuser Straße an ein benachbartes, erweiterungswilliges Unternehmen.
- Vermarktung des Grundstücks des abgebrannten Hallenbades Beeck .
- Überprüfung der Verträge mit der DVG zur Unterhaltung der Stadtbahnanlagen .
- Abstellen aller städtischen Brunnen , für deren Betrieb sich kein Sponsor findet.
- Reduzierung der Einschaltzeiten der Straßenbeleuchtung auf drei Stunden.
- Reduzierung externer Ingenieurleistungen .
- Erhöhung der Parkgebühren .
- Parkgebühren künftig auch in den Stadtteilzentren .
- Für Märkte und Feste auf Straßen und Plätzen sollen Frischekontor und DMG Miete zahlen.
- Alle Mietverträge der Stadt mit dem städtischen Immobilien-Management IMD nachkalkuliert werden mit dem Ziel, Kosten zu mindern.
- Energieversorgungsunternehmen sollen künftig Gebühren zahlen für Leitungen an städtischen Brücken .
- Die Innenstadt-Entwicklungsgesellschaft erhält weniger Geschäftsbesorgungsentgelte.
- Das bisher von den Bezirksamter bearbeitete Thema Sondernutzungen soll zentralisiert werden. Und die Gebühren sollen überarbeitet, also erhöht werden.
- Einsparung von 100 000 Euro jährlich bei der Vermessung .
- Einführung eines Flächenstandards für städtische Büroarbeitsplätze von acht Quadratmetern.
Mietsparpotenzial: 1 Mio Euro.
- Halbierung der Bodenreinigung in Verwaltungsgebäuden auf einmal wöchentlich .
- Reduzierung der Feriengrundreinigung an Schulen.

- Reduzierung des Fensterputzens an städtischen Gebäuden auf einmal jährlich .
- Ein Hausmeister für zwei Schulen .
- Parkgebühren auf Schulparkplätzen .
- Umwandlung der Botanischen Gärten in weniger unterhaltungsbedürftige Grünanlagen.
- Kürzung von Geldern für den Landschaftspark Nord .
- Abrechnung von Straßenreinigungsgebühren für Kleingärten über die Nebenkostenabrechnung.
- Mehreinnahmen bei der Beseitigung von Verwurzelungsschäden an den privaten Kanälen .
- Zusammenführung der unteren Umweltbehörden .
- Auflösung des Amtes für Wasser- und Kreislaufwirtschaft . Die Aufgaben übernehmen die Wirtschaftsbetriebe.
- Zentralisierung der Suchthilfe beim Suchthilfeverein.
- Aufgabe von Familienberatung und Prostituiertenberatung.